Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Reinhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 29.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 177 — Dienstag, den 3. August 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Belagerungszustand wurde gestern über die Bezirke Zittau und Löbau verhängt. Zum Regierungskommissar wurde Otto Schulz in Dresden ernannt.

*

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bereitet man infolge Verkürzung der Kohlenlieferungen umfangreiche Betriebseinschränkungen vor.

*

Der Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Bevölkerung wurde im Ausschuß des Reichstages mit unwesentlichen Aenderungen angenommen.

*

Die polnisch-russischen Waffenstillstandsverhandlungen haben bisher noch nicht begonnen, die Russen setzen ihren Vormarsch fort.

*

Krassin ist in Newcastle angekommen und sofort nach London weitergereist.

Ueber die Vorgänge in Zittau

liegen die nachstehenden Meldungen vor, die leider eine Verschärfung der Lage erkennen lassen:

Der Generalstreik verkündet.

Im Anschluß an die gemeldeten Lebensmittelunruhen fand in Zittau am Sonnabend nachmittag eine Versammlung auf den Schützenwiesen statt, in der der Generalstreik verkündet wurde. Zittau ist seit Sonntag ohne Licht, auch die Wasserleitung ist abgestellt worden. Die Kinos sind geschlossen. Die Polizeistunde ist beschränkt worden. Die Lage ist ernst. — Vom Sonntag wird gemeldet: Die Lage im Generalstreik hat sich wesentlich verschärft. In einer Sonntag vormittag auf der Schießwiese abgehaltenen, von etwa 10 000 Personen besuchten Massenversammlung wurde bekanntgegeben, daß sich auch das Gewerkschaftskartell, das bisher eine abwartende Haltung einnahm, für die Durchführung des Massenstreiks und für die Annahme sämtlicher Forderungen der Arbeiter erklärt hat.

Generalstreikpropaganda in ganz Ostsachsen.

In ganz Ostsachsen wurde gestern der Generalstreik von Zittau aus vorbereitet. Die Sendboten der Kommunisten und Unabhängigen überschwemmen zu diesem Zweck alle bedeutenden Orte bis in die Gegend von Kamenz und Königsbrück. In Zittau wurde zur Schließung aller Geschäfte und Fabriken, mit Ausnahme der Lebensmittelbetriebe, aufgefordert. Die Putschisten lehnten es ab, Vertreter zu Verhandlungen mit der Regierung nach Dresden zu schicken.

Die Lage in Zittau.

Die Stadt Zittau ist äußerlich vollkommen ruhig doch diese äußere Ruhe darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es unter der Oberfläche gärt und daß die Spannung sehr stark ist, zumal da inzwischen durchgesickert ist, welche Maßnahmen die Regierung plant. Inzwischen sind auch Plakate von der Regierung eingetroffen, wonach über die Amtshauptmannschaften Zittau und Löbau der Belagerungszustand verhängt wird. Diese Plakate sind ausgehängt worden, wie lange sie noch hängen werden, ist sehr ungewiß. Die Streikleitung hatte gestern morgen zu einer großen Versammlung eingeladen. In dieser Versammlung ist eine Resolution angenommen worden, in der erklärt wurde, daß man im Generalstreik verharren wolle, bis die in Zittau stationierte Sicherheitspolizei ohne Waffen aus Zittau abgezogen sei. Ferner wurde aufgefordert, daß sämtliche Polizei- und Reichswehren aufgelöst werden, auch solle die sächsische Regierung zurücktreten und durch Arbeiterräte ohne Einfluß der bürgerlichen Parteien ersetzt werden. Der Generalstreik werde fortgesetzt werden, bis diese Forderungen restlos durchgesetzt sind. Von der Regierung forderte man bis heute abend 8 Uhr eine befriedigte Antwort. Sollte diese Antwort bis dahin nicht eingehen, so ist der verschärfte Generalstreik geplant, und zwar will man sowohl das Gas als auch das Wasser nunmehr absperren. Es sind auch Bestrebungen im Gange, die Eisenbahnen im Bezirke stillzulegen. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob diese Bestrebungen bei den Eisenbahnern Gegenliebe finden werden. Die Beamtenschaft hat bereits bestimmte Richtlinien angenommen für den Fall, daß die Streikleitung in ihre Befugnisse eingreifen wird. Auch die Vereinigung der Kleinhändler und die Parteiorganisationen haben zu der Lage Stellung genommen, und zwar in geschlossenen Versammlungen, da z. B. die Versammlung der Kleinhändler von Abgeordneten der Streikleitung untersagt worden ist. Inzwischen ist auch von der Streikleitung versucht worden, das Gewerkschaftskartell als Ganzes und die Kittauer Parteileitung der Mehrheitssozialdemokraten für ihre Forderungen zu gewinnen. Das Gewerkschaftskartell steht dieser Forderung zunächst noch vollkommen fern. Eine anderslautende Wolffmeldung beruht auf irrtümlicher Auffassung. Die Streikleitung hat zwar den Arbeitern, besonders den Streikenden, die Ansicht beizubringen versucht, daß auch die Gewerkschaften ihre Forderungen billigten, indessen ist festzustellen, daß die beiden Gewerkschaftsmitglieder, die in dem sogenannten Fünfzehner-Ausschuß sitzen, nicht als Vertreter der Gewerkschaften selbst anzusehen sind.

Eine amtliche Kundgebung.

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird eine Mitteilung veröffentlicht in der es u. a. heißt: Unverantwortliche Kreise haben einen Teil der Bevölkerung zu Gesetzlosigkeiten und Gewalttaten veranlaßt. Mitglieder der Unabhängigen und Kommunisten haben sich unbefugtermaßen die Gewalt über die Behörden angemaßt und weitere schwere Ausschreitungen begangen. Der eigenmächtig gebildete Aktionsausschuß hat sich als Inhaber der höchsten Gewalt ausgerufen und damit den offenen Kampf gegen die verfassungsmäßigen Organe aufgenommen. Landfremde Elemente versuchen einen spartakistischen Putsch. Ihr Führer ist der steckbrieflich verfolgte Müller-Jordan aus dem Ruhrrevier, der dort wie auch im Lugau-Oelsnitzer Revier namenloses Unglück über die Arbeiter gebracht hat. Unter dem Einfluß solcher Leute ist eine terroristische Minderheit dazu übergegangen, Gewalttätigkeiten dadurch zu begehen, daß man Amtspersonen abgesetzt und die Licht- und Kraftwerke stillgelegt hat. Man hat ferner angedroht, das Kraftwerk Hirschfelde stillzulegen. Aus diesen Gründen war die Regierung nicht in der Lage, über die Forderungen in Verhandlungen einzutreten. Am Sonntag hat das Gesamtministerium beschlossen, alles Mögliche zu tun, um die staatlichen Werke zu schützen, Leben und Eigentum der Bewohner vor Angriffen zu bewahren und die gesetzmäßigen Behörden wieder einzusetzen. Zu diesem Zweck sind der Leiter der Landessicherheitspolizei und der Militärbefehlshaber ersucht worden, das Nötige zu veranlassen. Wenn bis zur Erreichung dieser Aufgabe vorübergehend der Belagerungszustand über die unmittelbar bedrohten Gebiete Zittau und Löbau verhängt werden mußte, so hofft die Regierung, daß die tatkräftige Mithilfe der einsichtigen Bevölkerung ihn in ganz kurzer Zeit schon überflüssig machen wird.

Ein Opfer der Unruhen.

Das Opfer des Zusammenstoßes vom Freitag abend, Werkmeister Köschke, ist seinen Verletzungen erlegen.

Fortdauer der russisch-polnischen Kämpfe.

Die polnische Entschlossenheit.

An der polnischen Südfront wird der Kampf fortgesetzt. Die polnischen Unterhändler sind jetzt seit drei Tagen in Baranowitschi, ohne daß bislang irgendein Ergebnis bekanntgeworden ist. Sowjet-Patrouillen, die Tag für Tag an der deutschen Grenze auftauchen und über die Grenze hinweg mit der deutschen Sicherheitspolizei freundschaftlich verhandeln, erklären, daß sie von einem Waffenstillstand nichts wissen. Lembergs Fall stehe nahe bevor. Trotz allem hat die polnische Regierung neuen Mut gefaßt und dem Landtage erklärt, es könne keine Rede davon sein, allzu scharfe russische Bedingungen anzunehmen. Alle Bedingungen, die eine Veränderung der polnischen Verfassung verlangten, ebenso die territorialen Abtretungen könnten für Polen nicht in Frage kommen. Der russische Vormarsch ist aber immer noch nicht zum Stehen gekommen. Die Bolschewisten stehen am Sereth und sind 25 englische Meilen in Westgalizien eingedrungen. Sie sind somit nur noch 125 englische Meilen von Warschau entfernt. Im Norden steht den Sowjet-Truppen der Weg nach Warschau offen da die polnische Gegenwehr aufgehört hat.

Polen gibt die Hoffnung nicht auf.

Journal des Debats meldet: Obgleich die russische Kavallerie Bialystok schon 40 Kilometer hinter sich gelassen hat, haben am Sonntag amtliche Kreise in Warschau die Lage noch nicht für verzweifelt erklärt. Viele Sachverständige glauben daß die Front wiederhergestellt werden könnte. Die Truppen behielten trotz der Ermüdung ihre Kriegslust, und der Etappendienst, der durch den Rückzug desorganisiert wurde, werde von französischen Offizieren zum Teil wiederhergestellt.

Graudenz und Thorn als Marschziel.

Aus Königsberg wird gemeldet: Bereits südlich von Soldau sind Montag starke russische Kavalleriemassen wahrgenommen worden, die die Bahn Soldau—Mlawa jenseits der Grenze überschritten. Das Ziel des neuen bolschewistischen Umgehungsversuches der polnischen Nordfront kann nur Graudenz oder Thorn sein.

Polens Gegenbedingungen.

Der Vizepräsident des polnischen Ministeriums erklärte dem Berichterstatter der Times in Warschau, Polen könne einem Waffenstillstand nur unter drei Voraussetzungen zustimmen:

1. Unabhängigkeit des polnischen Staates, ohne Einmischung der Bolschewisten in die inneren Angelegenheiten.
2. Keine Entwaffnung des polnischen Heeres.
3. Die alte polnische Grenze wird Demarkationslinie.

Nötigenfalls würde Polen bereit sein, die bei Abschluß des Waffenstillstandes bestehende Frontlinie als Demarkationslinie anzuerkennen.

Die Flucht aus Warschau.

Wie Times aus Warschau melden, haben die englische, amerikanische und französische Gesandtschaft in Warschau ihre Staatsangehörigen aufgefordert, Warschau auf schnellstem Wege zu verlassen. Die Aufforderung der Gesandtschaften hat in Warschauer Kreisen einen sehr peinlichen Eindruck hervorgerufen.

Besprechungen über die Verbandshilfe.

Das polnische Ministerium des Auswärtigen teilt amtlich mit, daß eine gemeinschaftliche Sitzung der englisch-französischen Sonderkommission und des kleinen Staatenkomitees stattgefunden hat, wobei als Wichtigstes die von den Verbündeten Polen zu leistende Hilfe besprochen wurde. Es wurde beschlossen, so schnell wie möglich zu handeln, um jede Verzögerung zu vermeiden, falls die Waffenstillstandsverhandlungen scheitern sollten.

*

Ein französischer Truppentransport angehalten.

Oberschlesien als angebliches Ziel.

Wie Berliner Blätter melden, wurde am Sonnabend in Erfurt ein aus Köln kommender Transportzug mit französischen Soldaten vom Ueberwachungsausschuß der Erfurter Eisenbahner angehalten und den Truppen mitgeteilt, daß keine Militärtransporte nach Polen befördert werden dürfen. Der französische Kompanieführer versuchte darauf, die Weiterfahrt gewaltsam zu erzwingen, nahm aber auf die energische Erklärung einiger Eisenbahner, daß kein Mann des Transportes Deutschland lebend verlassen würde, davon Abstand und zeigte die Eisenbahnfahrscheine, wonach es sich um eine Abteilung von 160 französischen Urlaubern handelte, die sich angeblich auf der Heimfahrt zu ihren Truppenteilen in Oberschlesien befanden. Schließlich wurde dem Transportzug die Weiterfahrt gestattet. Da die Transportausweise weder den Stempel der deutschen Grenzstationen noch der Zollstationen trugen, wollen die Eisenbahner-Gewerkschaften beim Reichsverkehrsministerium vorstellig werden, um eine Regelung der Ueberwachung der Transporte herbeizuführen.

*

Innerhalb der Entente und besonders auf französischer Seite besteht die Auffassung, daß Deutschlands Neutralitätserklärung die Transporte nicht hindert, welche die Entente nach Polen senden will und bereits durchführt. Die Transporte werden zu diesem Zwecke nicht direkt nach Polen geleitet, sondern nach Danzig und Oberschlesien an die interalliierten Kommissionen. Diese sollen die Weiterführung nach Polen in die Wege leiten. Nach Danzig sind wieder erhebliche Sendungen Kriegsmaterials verschifft und gelangen von dort aus durch den polnischen Korridor nach Polen. Frankreich will für seine Transporte nach Oberschlesien auch die Tschecho-Slowakei für die Durchfuhr zu gewinnen suchen. In Danzig werden Schwierigkeiten erwartet, wogegen die Alliierten ihre Maßnahmen treffen werden. Der britische Kommissar Tower in Danzig hat um einige englische Kriegsschiffe ersucht, welche die Transporte im Danziger Hafen schützen sollen. Der französische General Mollet hat Polen weitgehende Unterstützung zugesagt, weil befürchtet wird, daß der Waffenstillstand doch verzögert werden soll. Polen trifft in diesem Sinne bereits Maßnahmen, um die Verteidigung mit Ententehilfe neu zu organisieren. Die Verhandlungen mit Rumänien führten bisher zu keinem Ergebnis. Dagegen scheint Ungarn geneigt, Verpflichtungen zu übernehmen, falls sich die Verhandlungen mit Polen zerschlagen sollten.

Die französischen Truppen in Oberschlesien.

Im Falle Scheiterns des russisch-polnischen Waffenstillstandes und des weiteren Vorrückens der Russen wird mit der Ueberflutung Oberschlesiens mit zurückweichenden polnischen Truppen gerechnet. Die Franzosen werden, wie man in deutschen Kreisen befürchtet, vielleicht sogar Oberschlesien als Platz für die Neugruppierung der polnischen Truppen benutzen. Unter den französischen Truppen in Oberschlesien macht sich eine starke Bewegung bemerkbar. An der Grenze stehen mehrere Divisionen Alpenjäger mit einer Artillerie-Brigade. Mehrere Brigaden französischer Territorialtruppen sind im Anrollen. Die oberschlesischen Bahnhöfe sind stark militärisch besetzt. In den polnischen Grenzstädten treffen Lazarettzüge mit verwundeten und kranken Soldaten ein. Die Kranken sind völlig erschöpft, verwahrlost und ausgehungert. Die von der Ostfront kommenden Soldaten berichten, daß